



Hildegard Müller, fast 50, sitzt seit einem Jahr im Vorstand des Energiekonzerns Innogy in Essen

Foto Stefan Finger

Es waren einmal zwei junge Frauen, die dirigierte den Nachwuchs der beiden großen Volksparteien. Auf diesen Posten blüht die große Politikerkarriere, womöglich die Kanzlerschaft. Eine der beiden Frauen ist heute Ministerin, und träumt unverhohlen vom Kanzleramt. Die andere hat ihre politischen Ambitionen abgelegt und sich für den Vorstandsposten in einem Energiekonzern entschieden. Lukrativer ist zweites, anstrengend beides.

Andrea Nahles, die erste Frau und ehemalige Jusso-Chefin, ist heute Herrin über das Arbeiter- und Rentnerministerium in Berlin und platzt jeden Tag mit neuen, teuren Ideen in die Nachrichten, wie das Volk zu beglücken ist, auf dass es die SPD wählt. Ihre Widersacherin von einst, Hildegard Müller von der CDU, werkelte derweil in einem in die Jahre gekommenen Hochhaus in Essen an den Tücken der Energiewende, welche ihr die ehemalige Chefin, Angela Merkel, eingebrockt hat. Das Kanzleramt, wo sie einst als Staatsministerin diente, hat die Frau mental wie karrieretechnisch hinter sich gelassen. „Für mich war immer klar: Politik ist eine Aufgabe auf Zeit“, sagt sie.

Den medialen Rummel, die Schlagzeilen des Politikers vermisst sie angeblich nicht („Ich bin froh über mehr Privatsphäre“), der Kontakt zur Kanzlerin freilich ist nie abgebrochen, ihre Wege kreuzen sich in Gremien und Beiräten. Das unionsinterne Ratespiel, wer Angela Merkel eines Tages beerben könnte, verfolgt sie genau. So fern ist der politische Betrieb nicht, und staatsfern ist die Energiewirtschaft noch lange nicht; der Steuerzahler muss immer herhalten, ob nun die erneuerbaren Energien fließen oder Altlasten abzutragen sind. Da hilft es, dass Müllers Drähte in die Union belastbar sind. Dafür ist sie lange genug dabei.

Anfangs der 80er Jahre hat sie, Tochter aus einer Düsseldorfer Beamtenfamilie, Feuer gefangen für die Politik. Die Gleichaltrigen demonstrierten damals auf Friedensmärschen gegen amerikanische Raketen, sie hörte genauso die „Töten Hosen“ (das tut sie bis heute), dachte aber konträr. Sie fand die Nachrüstung goldrichtig (auch das gilt noch immer): „Aus der Geschichte habe ich geschlossen, dass Diktaturen Grenzen gesetzt werden müssen“, sagt sie heute. Die Bonner Wende im Herbst 1982, der Wechsel der FDP von der SPD zur Union, hat sie endgültig politisiert: „Ich weiß noch wie heute, wie ich mit meinem Vater zu Hause saß und das Missbrauchsvotum gegen Helmut Schmidt im Fernsehen geschaut habe.“ Der neue Bundeskanzler hieß Helmut Kohl, die neue Vorsitzende der Jungen Union irgendwann Hildegard Müller – als erste Frau auf dem Posten überhaupt.

Energiegeladen

Hildegard Müller war einst Angela Merkels treue Helferin im Kanzleramt. Jetzt wirbelt sie im Vorstand vom Energiekonzern Innogy. Und verdient ein Vielfaches ihrer ehemaligen Chefin.

Von Georg Meck

„Katholisch und neoliberal“ – das wurde ihr damals als Marke umgehängt, dazu steht sie bis heute. Müller streitet für die Katholische Kirche wie für die Soziale Marktwirtschaft. Und wenn der zu Kapitalismuskritik aufgelegte Papst verkündet, „diese Wirtschaft tötet“, dann rechtfertigt sie das mit dessen Erfahrungen in den Oligarchien Lateinamerikas. Für Deutschland dagegen mangelt es nach ihrem Geschmack an marktwirtschaftlicher Klarheit. Gerade auf ihrem Feld, der Energiewirtschaft, leidet sie darunter jeden Tag. „Für die Energiewende braucht es mehr Freiheitsgrade, da stehen zu viele Regulierungen nebeneinander, die zudem nicht immer kompatibel sind.“ Wie es dazu kam, das weiß sie aus erster Hand. Nach den Jahren als Abgeordnete war sie zunächst in die Lobby gewechselt, als Geschäftsführerin im Verband der Energiewirtschaft, in der sich erst ausmenden musste, wie Opfer und Profiteure der Ökonomie unter einem Dach auskommen sollen.

Ziemlich genau ein Jahr ist Hildegard Müller, gelernte Bankkauffrau und Betriebswirtin, nun im Auftrag von Innogy unterwegs, der 40 000 Mitarbeiter starken Abspaltung von RWE. Den Gewinn des Konzerns zu mehren, die Aktionäre glücklich zu machen, das ist ihre Mission. „Politik misst sich an Wahlterminen, alle vier, fünf Jahre, unseren Kurs zeigt die Börse jeden Tag“, sagt die „Vorständin“ – das ist die korrekte Bezeichnung, nicht „Frau Vorstand“ und auch nicht „Vorstandsfrau“. „Vorständin“, so sagen sie bei Innogy, dem Konzern, in den alles rübergeschoben wurde, was modern, öko und profitabel daherkommt von der alten RWE, der 1898 gegründeten Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG, die Witwen, Waisen und Kommunen als Anteilseigner lange glücklich gemacht hat – damals, als Energiekonzerne noch zum Feindbild taugten: groß, stark, einflussreich, eine Macht für sich im Staat.

Davon ist nichts übrig. Atomausstieg und Energiewende haben die Unternehmen zerrupft, konventionelle Kraftwerke

sind nichts mehr wert. RWE wie Eon legten Rekordverluste hin, Milliarde um Milliarde ging verloren. In der Not haben die beiden sich schließlich selbst zerlegt; in Eon und Uniper auf der einen Seite sowie in RWE und Innogy auf der anderen.

Das Kunstwort „Innogy“ steht für das Neue, für die Hoffnung. Angestrengt tut die Firma so, als sei sie ein Start-up. Der Vorstandsvorsitzende ist der Holländer Peter Terium; er saß auch schon bei RWE auf diesem Posten. Nur trägt er plötzlich keine Krawatte mehr, dem Rest des Vorstandes ist dies offenbar auch verboten. „Die Suche nach einem neuen Geschäftsmodell bedingt auch einen kulturellen Wandel“, sagt Hildegard Müller. Offener Hemdkragen und frische Farbe sind dafür das Mindeste, auch wenn diesbezüglich auf ihrer Vorstandsetage nachzuarbeiten ist: schwere Teppiche, Marmor bis zur Decke, daneben dunkel getäfelte Holzwände. Das Silicon Valley hat andere Architekturen. Zur Auflockerung haben sie in Essen zwischen die schweren Ledersessel kunterbunte Innogy-Strandliegen gestellt. So sieht es wohl aus, wenn Dinosaurier Disruption spielen.

Tatsächlich ist Innogy ein blutjunges Geschöpf, erst ein gutes Jahr eigenständig, seit acht Monaten an der Börse. Hildegard Müller war kaum zwanzig Tage an Bord, da ging sie auf Road-Show, um potentielle Investoren schwindelig zu reden von den angeblichen Vorzügen der Aktie. Der Börsengang klappte vorzüglich, RWE verschaffte sich damit rettende Milliarden. Die Aktie startete zu 36 Euro, ist nach kurzen Schwächen heute ungefähr genauso viel wert. Drei Viertel der Anteile gehören immer noch dem Mutterkonzern RWE. Aufflackernde Spekulationen, wer an dem Paket alles Interesse haben könnte, tun dem Kurs gut. Es ist Bewegung im Markt. Und Hildegard Müller steckt mittendrin, das mag die Frau, die im Vorstand nicht Blümchen-Themen – etwa Marketing oder Personal – verantwortet, sondern den harten Kern: Netze und Infrastruktur. Das klingt dröge, spielt auf absehbare Zeit

jedoch entschieden mehr Geld in die Kasse als alle Öko-Träume, und vor allem: An ihrem Bereich hängt die Frage, ob es dunkel wird in Deutschland.

Das Risiko für einen Blackout hat zugenommen, da Sonne und Wind unberechenbar sind, die Netzbetreiber kommen ins Schwitzen. Die Sache mit der Versorgungssicherheit sei unglaublich schwierig, bestätigt Müller: „Die Eingriffe der Netzbetreiber, um die Stabilität zu sichern, nehmen ständig zu. Ich bin stolz auf geringe Ausfallzeiten, wir haben das im Griff.“ Die Gefahren freilich werden nicht weniger, es hat sich herumgesprochen, dass Cyber-Terroristen keine Erfindung von Science-Fiction-Autoren sind. Ja, auch in Deutschland gab es immer wieder Versuche, das Stromnetz anzugreifen, zu hacken, verrät die Managerin, die ein eigenes Team für die Cyber-Sicherheit unterhält: „Wenn der Strom ausfällt, ist das kein Spaß. Die Bedrohungen werden zunehmen, in vielen Branchen.“

Nun wäre es übertrieben zu sagen, in Essen hätten alle auf Hildegard Müller gewartet. Im Konzern laufen durchaus Leute durch die Gänge, die glauben, sie könnten den Job genauso gut, wenn nicht tausendmal besser als diese Quereinsteigerin mit dem CDU-Parteiabdruck: Hat es nicht genügend Fälle gegeben, wo ehemalige Politiker in Unternehmen schnell auf die Nase gefallen sind? „Das Risiko des Scheiterns ist nicht höher als im Management insgesamt“, entgegnet Hildegard Müller. „Mein Ehrgeiz ist es, den Job gut zu machen.“ Dass sie es für nötig hält, in Essen durchzulüften, daran lässt sie keinen Zweifel und erzählt von ihrem Kampf gegen „rosa Elefanten“: Alle tanzen um ein Thema, keiner wagt es, das Problem offen anzusprechen. „Das mache ich dann gerne. Probleme werden nur größer, wenn man sie verschweigt.“

So brauchen die Stromkonzerne dringend neues Geschäft. Innogy versucht es unter anderem damit, Kunden ans Breitbandkabel anzuschließen, „Smart home“ nennt Müller als weiteres Stichwort, die Elektromobilität als nächstes. „Wir tun

alles, was wir können, um Ladesäulen aufzubauen“, sagt sie. 300 Millionen Euro Fördergeld hat die Bundesregierung dafür auslobt, Müller hat sich darum mit vielen Kommunen beworben: „Ich bin sicher, der Topf wird leer.“ (Im Gegensatz zu den Milliardensubventionen für private Elektroautos, die nicht abgeholt werden). Innogy selbst stellt die Firmenflotte komplett um. Jeder Mitarbeiter, der einen neuen Dienstwagen bestellt, muss ein Elektroauto oder Hybrid nehmen. Auch für kleine Lkw würden die herkömmlichen Motoren aussortiert, kündigt BMW-Fahrerin Müller an: „Wir fragen bei der Post nach ihren elektrischen Transportern.“

Mehr Frauen im Topmanagement will sie außerdem durchsetzen. „Der Anteil bei Innogy ist noch zu gering. Da müssen wir besser werden“, sagt die Frau, die in der Finanz- wie Energiebranche oft das einzige weibliche Wesen war. Für die Frauenquote hat sie schon als JU-Vorsitzende gestritten, „auch wenn ich damals in der Minderheit war“. Keine Frage, Frau Müller hat noch viel vor. Dafür arbeitet sie hart und lang. Wenn sie abends das Büro verlässt, fahren die Akten koffertweise mit nach Hause, für die Stunden, wenn die Tochter schläft: „Ich versuche, sie zumindest einmal am Tag in den Arm zu nehmen und über ihre Erlebnisse zu sprechen.“

Seit Jahren führt die Unions-Frau ein Patchwork-Leben: Ihr Lebensgefährte, ein Jurist mit Kindern aus erster Ehe, wohnt berufsbedingt in Heidelberg, sie mit der gemeinsamen Tochter Sarah in Düsseldorf. Der Umzug von Berlin gestaltete sich schwierig: „In Berlin war die Betreuung wunderbar geregelt, hier war ich erst mal in Not.“ Heute beschäftigt sie ein Au-pair-Mädchen. „Ich kann mir bei meinem Gehalt Betreuung zukaufen, es darf aber nicht am Geldbeutel hängen, ob Familien sich das leisten können.“ Ihre Forderung daher: Der Staat muss nachlegen, mit Krippen wie mit Ganztageseschulen. „Jedes Kind muss einen Platz in der Betreuung finden. Andere Länder sind flexibler, ohne dass ich dort vernachlässigte Kinder entdecke.“

Wäre Hildegard Müller in der Politik geblieben, hätte sie es womöglich in der Hand, diese Dinge zu ändern – freilich zu weit niedrigeren Bezügen. Laut Vergütungsbericht bringt sie es auf 1,5 Millionen Euro Zuwendungen für das Jahr 2016, da kommt die Kanzlerin nicht mit, gerade mal ein Sechstel ist für die Anführerin der westlichen Welt an Gehalt drin. Ist das gerecht, Frau Müller? Kaum, lautet ihre Antwort: „Eine deutsche Bundeskanzlerin verdient mit Sicherheit eher zu wenig angesichts der Aufgaben. Wenn wir gute Leute in der Politik haben wollen, muss es attraktiv sein: Wir müssen sie adäquat bezahlen.“

DER MENSCH

Hildegard Müller wird am 29. Juni 1967 geboren. Nach dem Abitur macht sie in der Dresdner Bank eine Lehre. Es folgt ein Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf, bevor sie zurückkehrt zur Dresdner Bank. Zu der Zeit ist sie längst politisch aktiv. Müller wird die erste Frau an der Spitze der Jungen Union, dann Abgeordnete im Bundestag und schließlich Staatsministerin im Kanzleramt. 2008 wechselt sie in die Industrie als oberste Lobbyistin der Energie- und Wasserwirtschaft. Seit einem Jahr ist sie nun Vorstand von Innogy, der RWE-Abspaltung, wo sie die Bereiche Netze und Infrastruktur verantwortet. Hildegard Müller lebt in Düsseldorf und hat eine Tochter.



Ministerin Müller und ihre damalige Chefin Angela Merkel, 2008 im Kanzleramt
Foto Imago